

# WIRTSCHAFTSINFORM



## Krisenvorsorge in Zeiten knapper werdender Ressourcen



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EVD  
**Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung BWL**

# Krisenvorsorge in Zeiten knapper werdender Ressourcen

Welche Auswirkungen hat die globale Ressourcenverknappung auf die Versorgungslage der Schweiz? Wie muss sich die wirtschaftliche Landesversorgung (WL) strategisch auf die Risiken eines zunehmenden Rohstoffmangels ausrichten? Anlässlich der WL-Konferenz vom 9. November 2011 in Bern beschäftigten sich rund 200 Mitglieder der WL-Organisation und Fachexperten mit Fragen der Krisenvorsorge in Zeiten knapper werdender Ressourcen.

**G**etrieben von einer rasch wachsenden Weltbevölkerung und steigendem Wohlstand in Schwellenländern ist der weltweite Rohstoffhunger kaum mehr zu stillen. Auch in den Industrieländern hält der hohe Ressourcenverbrauch ungebremst an. Vor diesem Hintergrund seien die aktuellen Versorgungsrisiken unseres Landes zu betrachten, stellte die Delegierte für wirtschaftliche Landesversorgung, Gisèle Girgis-Musy, in ihrer Begrüßungsrede fest. Im Zentrum der Konferenz stand deshalb die Frage, ob das Instrumentarium der wirtschaftlichen Landesversorgung dieser dynamischen Risikolandschaft noch Rechnung trage. Ist die strategische Ausrichtung der Landesversorgung in Zeiten zunehmenden Rohstoff- und Ressourcenmangels noch opportun? Welche konkreten Anpassungen gilt es ins Auge zu fassen?

Dass die Herausforderungen und mit ihnen die strategische Ausrichtung der Landesversorgung einem ständigen Veränderungsprozess unterworfen sind, daran erinnerte Moderator Franz Fischlin einleitend mit historischem Filmmaterial. «Während man früher über die Versorgung der Schweiz mit Kartoffeln sprach, diskutiert man heute über die Abhängigkeit unseres Landes von so genannten Gewürzmetallen».



Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann mit der Delegierten Gisèle Girgis und Fred Flessenkämper, stv. Direktor BWL

Franz Fischlin mit Willy Balmer, Bereichschef Industrie



Christoph Lindenmeyer, Vizepräsident Swissmem und CEO Schindler Aufzüge AG



## Seltene Metalle («Gewürzmetalle»)

Seltene Metalle oder so genannte «Gewürzmetalle» sind metallische Stoffe, die in der Erdkruste in einer Konzentration von weniger als 0,01 Gewichtsprozenten vorkommen. Es handelt sich dabei um Antimon, Beryllium, Chrom, Gallium, Germanium, Indium, Kobalt, Lithium, Magnesium, Molybdän, Niob, Platingruppenmetalle, seltene Erden, Tantal und Wolfram.

Insbesondere im Hightech-Bereich spielen seltene Metalle aufgrund ihrer chemischen und physikalischen Eigenschaften eine zentrale Rolle. Autokatalysatoren, Flugzeugturbinen, Mobiltelefone, Flachbildschirme oder auch Windkraftwerke würden ohne diese Stoffe nicht funktionieren.

Abbauwürdige Vorkommen von seltenen Metallen sind weltweit unterschiedlich verteilt. So werden beispielsweise seltene Erden zu 95 % in China abgebaut und die Metalle der Platingruppe praktisch ausschliesslich in Südafrika. Tantal stammt vorwiegend aus Brasilien und Australien, Lithium aus Chile.

### Von Kupfer zu «Gewürzmetallen»

An dieser Stelle knüpfte Christoph Lindenmeyer, Vizepräsident Swissmem und CEO von Schindler Schweiz, mit seinem Referat an und lieferte anhand konkreter Beispiele einen Überblick über die Rohstoffabhängigkeit der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Mit einem Anteil von rund einem Drittel des Schweizer Stromverbrauchs sei diese einerseits auf eine zuverlässige Energieversorgung zu kompetitiven Preisen angewiesen. Andererseits sei auch der Zugang zu Industriemetallen wie Kupfer und Aluminium oder zu ganz bestimmten «Gewürzmetallen» (siehe Kasten) von zentraler Bedeutung.

Da sich die Förderung der seltenen Metalle auf einige wenige Länder konzentriert, ergeben sich daraus gewisse Beschaffungsrisiken. Hier könne der Staat mit geeigneten Massnahmen Hand bieten und der Wirtschaft den Ressour-

cezugang sicherstellen, so Lindenmeyer. Dazu gehören nicht nur staatsvertragliche Absicherungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO), der Europäischen Union oder bilateraler Freihandelsabkommen. Auch bei der Erforschung von Alternativen für kritische Rohstoffe oder bei der Rückgewinnung von seltenen Metallen durch Recycling könne der Staat Unterstützung bieten.

### «Stadtstaat im Alpenraum»

Die Bestimmungsfaktoren und Risiken der globalen Rohstoffversorgung wurden vom Associate Director des World Economic Forum, Jan Klawitter, in ihrer ganzen Breite und Komplexität ausgeleuchtet. Das Augenmerk müsse vor allem auf die Nachfrageseite der Rohstoffmärkte gerichtet werden. Hier seien gemäss Klawitter viele Probleme hausgemacht: Neben Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum tragen insbesondere die zunehmende Urbanisierung und Technisierung sowie die politischen Rahmenbedingungen zum ungebändigten Hunger nach Rohstoffen und zu deren ineffizienten Nutzung bei.

**Da sich die Förderung der seltenen Metalle auf einige wenige Länder konzentriert, ergeben sich daraus gewisse Beschaffungsrisiken.**

Jan Klawitter, Associate Director  
World Economic Forum



Bernard Lehmann, Bereichschef Ernährung der WL und Direktor des Bundesamtes für Landwirtschaft, legte den Fokus auf die kritischen Abhängigkeiten der Nahrungsmittelversorgung sowie auf die Ernährungssicherheit. Relativ gesehen gehöre die Schweiz «als Stadtstaat im Alpenraum» aufgrund ihres Wohlstandes zu den grössten Agrarimporteuren der Welt. Angesichts der starken Auslandabhängigkeit müsse die Schweiz ihr Kulturland schützen. Es gelte, den Weg zu einem nachhaltigen Ernährungssystem mit gut positionierter Land- und Ernährungswirtschaft zu finden. Dabei bedeute Nachhaltigkeit

## WL-Konferenz



Willy Balmer, Bereichschef Industrie, mit seinem Nachfolger Erich Sturzenegger

nicht Rückschritt durch Strukturhaltung, sondern Fortschritt durch neue Technologien. Der enormen Ineffizienz der Nahrungsmittelversorgung – weltweit werden heute 30–40 % aller produzierten Lebensmittel nicht gegessen – sei mit innovativen Ideen entgegenzutreten.

### Wandel im WL-Bereich Industrie

Wie sich die strategische Ausrichtung der wirtschaftlichen Landesversorgung im Bereich Industrie entwickelte und welche Herausforderungen sich heute für die Krisenvorsorge stellen, thematisierte Bereichschef Willy Balmer.

Zwar gäbe es auch heute noch Pflichtlager an industriellen Hilfsstoffen wie beispielsweise Kunststoffgranulate. Doch statt wie früher eine Vielzahl von Schrauben und Blechen an Pflichtlager zu legen, konzentrierte sich der Bereich Industrie heute vielmehr auf die

Stärkung der Widerstandsfähigkeit zentraler Versorgungsprozesse.

Als wichtiges Instrument dazu erachtet Balmer die Sensibilisierung der Industriebetriebe für Störungen wichtiger Infrastrukturen (z.B. Stromversorgung, Transportlogistik oder Telekommunikation). Der Referent nutzte denn auch die Gelegenheit, die neue Informationsbroschüre der Landesversorgung «Unternehmenserfolg nachhaltig sichern – auch im Krisenfall» zu präsentieren (siehe Artikel Seite 7).

**Weltweit werden heute 30–40 % aller produzierten Lebensmittel nicht gegessen.**



Bernard Lehmann, Bereichschef Ernährung und Direktor BLW



Christoph Lindenmeyer mit Thomas Daum, Direktor Schweizerischer Arbeitgeberverband

### Schlussfolgerungen des Departementschefs

«Es gehört zu den grundlegenden Aufgaben des Staates, in schwierigen Zeiten eine minimale Grundversorgung seiner Bevölkerung sicherzustellen, wenn dies über den freien Markt nicht mehr möglich ist», betonte Bundesrat Schneider-Ammann in seiner Rede zur Bedeutung der wirtschaftlichen Landesversorgung. Vorkommnisse wie der russisch-ukrainische Gastreit, der russische Getreideexportstopp, die Umwälzungen in der arabischen Welt und das Atomunglück in Fukushima seien nur einige Beispiele, die zeigten, dass auch die Versorgung der Schweiz verwundbar ist.

Die Risiken und Gefährdungen, auf die die Landesversorgung ihre Massnahmen und Instrumente ausrichte, seien einem starken Veränderungsprozess unterworfen. Auf die daraus resultierenden Herausforderungen müsse reagiert werden, forderte Schneider-Ammann. Voraussetzung dazu seien geeignete Instrumente und eine entsprechende Gesetzesgrundlage. Der Departementschef präsentierte deshalb die zentralen Elemente der geplanten Revision des Landesversorgungsgesetzes (siehe Artikel zur LVG-Revision auf Seite 5).

Die Vorbereitungen zum neuen Gesetz sind bereits in vollem Gange. Die wirtschaftliche Landesversorgung werde alles daran setzen, das Revisionsvorhaben erfolgreich umzusetzen, erklärte die Delegierte in ihrem Schlusswort. ■

# Neue Gesetzesgrundlage

Das geltende Landesversorgungsgesetz (LVG) stammt aus dem Jahr 1982. Seither hat sich die Risikolandschaft, auf die sich die Krisenversorgung der WL ausrichtet, stark verändert. Die Gesetzesgrundlage der wirtschaftlichen Landesversorgung ist an die neuen Herausforderungen einer globalisierten Wirtschaft anzupassen. Im Juni 2011 gab der Departementsvorsteher grünes Licht für die Vorbereitung der Revision.

**W**ill die wirtschaftliche Landesversorgung weiterhin den Anforderungen einer zeitgemässen Krisenversorgung genügen, muss sie auf die Dynamik der globalisierten Weltwirtschaft reagieren können. Dazu bedarf sie einer geeigneten Rechtsgrundlage. Das geltende Gesetz aus dem Jahre 1982 ist seit seiner Entstehung noch nie einer grundlegenden Anpassung unterzogen worden. Es erstaunt deshalb kaum, dass es den modernen Herausforderungen zusehends weniger zu genügen vermag. Eine umfassende Sanierung dieses in die Jahre gekommenen Rechtsgebäudes drängt sich deshalb auf. Damit soll die WL künftig in Krisenfällen schneller, gezielter und flexibler handeln können.

Das geltende LVG ist auf spezifische Krisenszenarien fokussiert. Geprägt vom Kalten Krieg, bezieht es sich zu grossen Teilen auf kriegerische und machtpolitische Bedrohungen. Das neue Gesetz soll nicht mehr auf bestimmte, meist nicht vorhersehbare Ursachen einer Versorgungsstörung abstellen, sondern allein auf die Tatsache einer unmittelbar drohenden oder bereits eingetretenen Mangellage. Nicht die Ursachen einer Krise werden somit künftig für Eingriffe der Landesversorgung entscheidend sein, sondern vielmehr die Auswirkungen einer Versorgungsstörung auf die Verfügbarkeit lebenswichtiger Güter und Dienstleistungen.

Eine moderne, hochgradig vernetzte Wirtschaft ist auf permanent funktionierende Versorgungsketten angewiesen. Reaktionszeiten auf Störungen und Unterbrüche haben

sich infolge erheblich reduzierter Betriebsvorräte und der Lieferung von Gütern just-in-time stark verkürzt. Das Instrumentarium der WL ist dieser Dynamik anzupassen. Durch die Gesetzesrevision müssen die Voraussetzungen für rasch einsetzbare, verhältnismässige und wirksame Instrumente geschaffen werden.

Nach geltendem Recht kann die WL der Wirtschaft grundsätzlich erst im Falle einer schweren Mangellage ihre Unterstützung zukommen lassen. Ist eine solche aber erst einmal eingetreten, sind in der Regel bereits grosse, nur noch schwer zu bekämpfende volkswirtschaftliche Schäden entstanden. Um Schäden rechtzeitig abzuwenden oder zu minimieren, müssen deshalb künftig Eingriffe der WL unter Umständen bereits bei einer unmittelbar drohenden Krise möglich sein. Das bedeutet vor allem, dass die Rechtsetzungsprozeduren und der Vollzug von Massnahmen beschleunigt werden müssen.

**Die WL soll in Krisenzeiten schneller, gezielter und flexibler handeln können.**

## Widerstandsfähigkeit von Infrastrukturen

Im Gegensatz zum heutigen, stark güterlastigen Landesversorgungsgesetz muss der Gesetzgeber künftig sein Augenmerk vermehrt auf die Versorgungsinfrastrukturen und Dienstleistungen richten. In den stark vernetzten Systemen können Störungen leicht zu verhängnisvollen Kettenreaktionen führen. Hier wird es Aufgabe der WL sein, bereits in Zeiten ungestörter Versorgung einen Beitrag zur Systemstabilität zu leisten. Denkbar sind verbindlich erklärte Branchenvereinbarungen in der Logistik-Branche oder im Telekom-Sektor. Dabei gilt es, die wichtigsten Akteure mit gezielten technischen und organisatorischen Vorkehrungen in die Krisenvorsorge einzubeziehen.

Das BWL hat ein Konzept für eine Revision des Landesversorgungsgesetzes ausgearbeitet, das vom Vorsteher des EVD am 28. Juni 2011 genehmigt wurde. Gleichzeitig hat der Departementschef die Delegierte für wirtschaftliche Landesversorgung mit der Vorbereitung einer Vernehmlassungsvorlage beauftragt. Das BWL wird voraussichtlich bis zum Herbst 2012 einen Gesetzesentwurf und einen erläuternden Bericht vorlegen. ■

## Zentrale Elemente der Revision

- Das Vorliegen einer **schweren Mangellage** soll künftig – ungeachtet der Ursache – das einzige Kriterium für den Einsatz von Massnahmen der WL sein.
- Die WL muss mit dem neuen Gesetz **schneller, gezielter und flexibler** handeln können. Dabei gilt es auch, in einer Krise die Rechtsetzung und den Vollzug von Massnahmen zu beschleunigen.
- Die **Widerstandsfähigkeit** zentraler Versorgungsinfrastrukturen und Dienstleistungen sind durch geeignete Vorkehrungen zu stärken.
- Für **eine verstärkte internationale Zusammenarbeit** sind im revidierten LVG tragfähige gesetzliche Grundlagen zu schaffen.

# Schliessung der Raffinerie Cressier?

Eine endgültige Schliessung der Raffinerie Cressier wird unter normalen Marktverhältnissen zu keinen Engpässen in der Erdölversorgung führen, da das fehlende Volumen durch den Import von Produkten kompensiert werden kann. Die Flexibilität der Versorgung würde aber eingeschränkt.

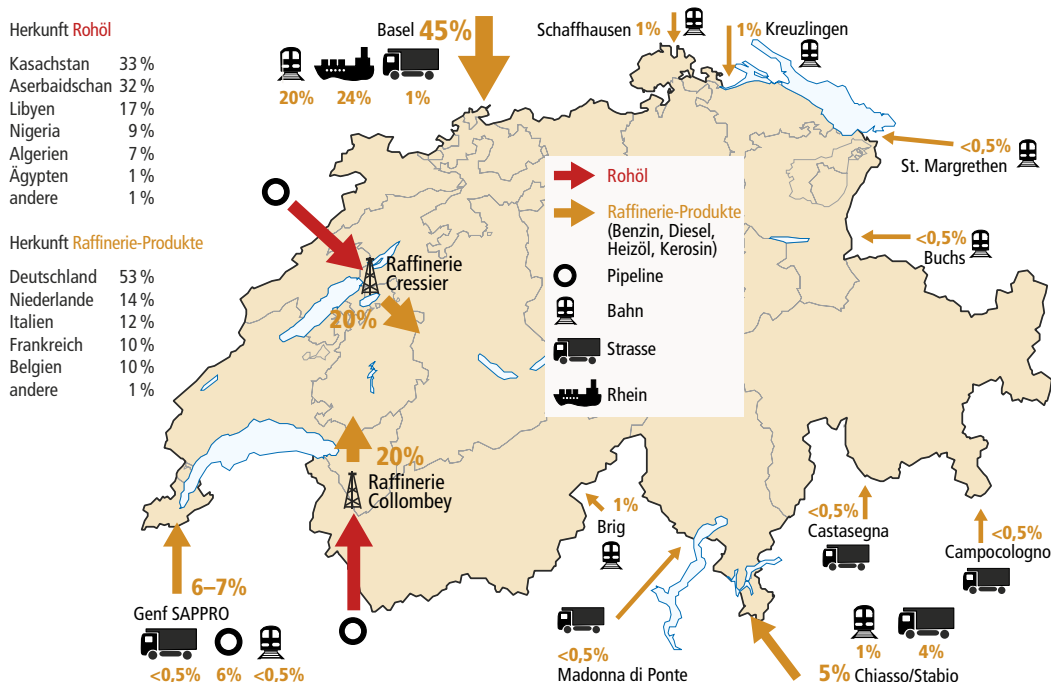
Die Schliessung verschiedener Raffinerien in Europa, unter anderen in Cremona und Reichstett, deutet auf Überkapazitäten im Raffinationsmarkt hin. Mittlerweile hat ein Strukturbereinigungsprozess eingesetzt, von dem auch die Raffinerie Cressier erfasst zu werden droht. Die Erdölraffination konzentriert sich zunehmend auf grosse, in der Nähe von Seehäfen oder direkt in den Förderländern gelegene Anlagen. Neue Raffinerien werden heute dort gebaut, wo das grösste Nachfragewachstum besteht, nämlich in den schnell wachsenden Verbrauchermärkten Asiens.

Die Versorgung der Schweiz mit Mineralölprodukten erfolgt heute in Form von Rohöl zu 40% über die beiden Schweizer Raffinerien Cressier (NE) und Collombey (VS) und zu 60% über den Import raffinierter Produkte. Ein Ausfall einer oder beider Schweizer Raffinerien könnte dank bestehender Überkapazitäten auf dem europäischen Erdölmarkt mengenmässig durch zusätzliche Importe an Mineralölprodukten kompensiert werden.

Indessen dürfte die bestehende Transportlogistik in diesem Falle aber bald einmal an ihre Kapazitätsgrenzen stossen. 2010 wurden 27% der in der Schweiz abgesetzten Mineralölerzeugnisse per Bahn, 25% über den Rhein, 6% über die Produktpipeline SAPPRO (von Marseille nach Genf) und 5% über die Strasse importiert. Würde die Raffinerie Cressier endgültig stillgelegt, müssten rund 2,5 Mio. Tonnen Mineralölprodukte zusätzlich über diese Verkehrsträger zugeführt werden. Das dürfte unter normalen Umständen zwar verkraftbar sein. Bei einem Ausfall auch der Raffinerie Collombey wäre aber die über die bestehenden Routen einzuführende zusätzliche Menge fast doppelt so gross, was die Transportstrukturen überfordern dürfte.

Die endgültige Schliessung der Raffinerie Cressier hätte für die Schweiz eine Schwächung ihrer Versorgungssicherheit zur Folge. Ihre Flexibilität würde sich im Falle einer Versorgungskrise verringern, indem nicht nur eine wichtige Transportachse wegfallen würde, sondern auch die Möglichkeit, den Produktmix besser bestimmen zu können. Fiele in einer solchen Situation auch noch der Rhein oder die SAPPRO-Pipeline aus, könnte das zu erheblichen Schwierigkeiten in der Mineralölversorgung führen. ■

## Mineralölimporte 2010



## Neuer Chef Bereich Industrie

Ende 2011 hat Willy Balmer nach fast zehn Jahren sein Amt als Bereichschef Industrie niedergelegt. Willy Balmer hat sein persönliches Netzwerk geschickt genutzt, um die Anliegen der wirtschaftlichen Landesversorgung in der Industriebranche zu platzieren. Mit Erfolg hat er sich für die Stärkung der Krisenresistenz von Dienstleistungen und Infrastrukturen entlang der Versorgungsketten eingesetzt. Wir danken Herrn Balmer für sein wertvolles Engagement und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute.



Willy Balmer



Erich Sturzenegger

Zu seinem Nachfolger hat der Chef des EVD Erich Sturzenegger ernannt, der bereits seit 1996 in der WL tätig ist, zuerst als Fachexperte und seit 2005 als Sek-

tionschef im Bereich Industrie. Erich Sturzenegger ist in seiner beruflichen Funktion Global Project Director in PharmOps Strategy der Novartis Pharma AG. Wir freuen uns, dass Herr Sturzenegger sein Fachwissen und seine Erfahrung der Landesversorgung als Bereichschef zur Verfügung stellt. Zu dieser neuen Herausforderung wünschen wir ihm gutes Gelingen.

## Neuer Stabschef im BWL

Nach 36 Jahren erfolgreicher Tätigkeit im Dienste der wirtschaftlichen Landesversorgung tritt Michael Eichmann Ende März 2012 in den wohlverdienten Ruhestand. Er ist der Schöpfer der Landesversorgungsstrategie, die der Bundesrat im Oktober 2003 verabschiedet hat. Zu seinen besonderen Verdiensten gehört der Aufbau einer modernen Schweizer Hochseeflotte, die er zu einem bedeutenden Instrument der wirtschaftlichen Landesversorgung gemacht hat. Aufgrund seiner grossen Erfahrung wird er die laufende Revision des Landesversorgungsgesetzes noch bis zur Vernehmlassung als Projektleiter begleiten. Wir danken Herrn Eichmann für sein grosses Engagement zugunsten der WL und wünschen ihm in seinem neuen Lebensabschnitt alles Gute.



Michael Eichmann



Beat Gujer

Die Leitung des Stabes wird Beat Gujer am 1. April übernehmen. Beat Gujer war bisher in verschiedenen Funktionen innerhalb der Bundesverwaltung tätig, so unter anderem als Stabschef der Bundeskanzlei und des Bundesamtes für Migration. Von 2006 bis 2011 arbeitete Herr Gujer im Stab Sicherheitsausschuss des Bundesrates. Seit August 2011 ist er Bereichsleiter für die Sicherheitsverbandsübung 2014. Wir heissen Herrn Gujer herzlich willkommen und wünschen ihm in seiner neuen Aufgabe viel Erfolg und Befriedigung.



## BCM – Ratgeber für die Wirtschaft

Mit der Broschüre «Unternehmenserfolg nachhaltig sichern – auch im Krisenfall» will die wirtschaftliche Landesversorgung Schweizer Unternehmen für verschiedene Aspekte des betrieblichen Kontinuitätsmanagements (Business Continuity Management, BCM) sensibilisieren und Anregungen zur Krisenvorsorge geben. Der BCM-Ratgeber entstand in enger Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden wie Economiesuisse, Swissem, GS1 und Gewerbeverband sowie mit verschiedenen Bundesstellen. Die Publikation ist in vier Sprachen erhältlich und kann auf der Website [www.bwl.admin.ch](http://www.bwl.admin.ch) heruntergeladen oder kostenlos beim BWL bestellt werden.

## Widerstandsfähigkeit erhöhen

Ein Blitzschlag löste vor einigen Jahren in einer Chip-Fabrik in New Mexico ein Feuer aus, das zu einem mehrmonatigen Produktionsausfall führte. Davon betroffen war der Mobiltelefon-Hersteller Ericsson, der Schlüsselkomponenten ausschliesslich von diesem Hersteller bezog. Nach diesem Vorfall musste Ericsson die Produktion drosseln. Der Verlust betrug über 400 Millionen US-Dollar.



Ruedi Rytz

Unternehmen sind gut beraten, sich auf solche Ereignisse vorzubereiten. Zwei Strategien sind möglich: Mit einem Risikomanagement werden mögliche Vorfälle identifiziert und ihre Eintretenswahrscheinlichkeit sowie ihr Schadensausmass abgeschätzt. Werden diese Kennzahlen als hoch eingestuft, drängen sich Massnahmen zur Verhinderung solcher Störungen auf. Alle Vorfälle präventiv zu verhindern, wird jedoch nie möglich sein. Ihr Eintretenspotenzial und die negativen Folgen lassen sich aber erheblich reduzieren.

Anders das betriebliche Kontinuitätsmanagement (Business Continuity Management, BCM): Es setzt bei den Geschäftsprozessen und bei den Ressourcen an. Mit einem BCM lässt sich aufzeigen, wie Geschäftsprozesse bei Störungen aufrechterhalten werden können, und zwar unabhängig davon, was die Ursache eines Vorfalls ist.

Für die wirtschaftliche Landesversorgung relevante Grosseignisse sind selten. Sie können jedoch enorme volkswirtschaftliche Schäden hervorrufen. Ihre Ursachen lassen sich auch kaum beeinflussen. BCM gewinnt deshalb für die wirtschaftliche Landesversorgung immer mehr an Bedeutung. Durch entsprechende Vorsorge gilt es, lebenswichtige Versorgungsprozesse widerstandsfähiger zu machen und die Auswirkungen von Vorfällen rasch unter Kontrolle zu bringen. Bei der Ausgestaltung des künftigen Landesversorgungsgesetzes wird BCM deshalb eine wichtige Rolle spielen.

Übrigens: Nokia hatte ebenfalls Mikrochips beim selben Lieferanten in New Mexico bezogen, jedoch vorgesorgt und sich um Alternativen gekümmert. Nokia blieb von den Folgen des Brands weitgehend verschont.

Dr. Ruedi Rytz  
Leiter Geschäftsstellen Infrastrukturbereiche

### Impressum

Herausgeber: Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung  
Belpstrasse 53, 3003 Bern, Telefon 031 322 21 85  
info@bwl.admin.ch, www.bwl.admin.ch  
Fotos: Daniel Fuchs

### Hoher Strompreis

Als Folge der Kältewelle im Februar 2012 wurde der Strom an der Börse für Stromspotmärkte EPEX in einzelnen Stunden mit bis zu fünf Mal höheren Preisen gehandelt als jeweils im Februar der vergangenen Jahre. Strom war deshalb so teuer, weil in den Nachbarländern Gas- und Öl-Kraftwerke mit hohen Produktionskosten in Betrieb genommen werden mussten, um die hohe Nachfrage in Europa zu decken.

### Grössere Gasspeicher

Das weltweit grösste Erdgasförderungsunternehmen, die russische Gazprom, will zur Verbesserung der Versorgungssicherheit ihre Gasvorräte verdoppeln. Bis 2015 soll die Kapazität auf etwa fünf Milliarden Kubikmeter ausgebaut werden. Gazprom liefert etwa ein Viertel des in Europa verbrauchten Gases. Auf Gazprom entfallen rund 85 Prozent der russischen oder rund ein Fünftel der weltweiten Erdgasförderung.

### Geringere Öl-Nachfrage

Die globale Erdöl-Nachfrage dürfte im Jahr 2012 gemäss Einschätzung der Organisation Erdöl exportierender Länder (Opec) aufgrund der unsicheren US-Konjunkturlage sowie der Schuldenprobleme in der Euro-Zone gebremst werden. Die bisherige Bedarfsprognose wurde um 120'000 auf 940'000 Barrel pro Tag (bpd) gesenkt. Die Nachfrage dürfte auch wegen höherer Verkaufspreise schwächer ausfallen.

### Sinkender Wasserverbrauch

Der Wasserverbrauch in der Schweiz geht zurück, obwohl die Bevölkerungszahl zunimmt. Der Durchschnittsverbrauch sank 2010 gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Prozent und liegt aktuell bei 325 Liter pro Person und Tag. Die Gründe für den Rückgang liegen einerseits im strukturellen Wandel der Wirtschaft (weniger wasserintensive Industriezweige) und andererseits in sparsameren Haushaltgeräten. Ausserdem wird das Leitungsnetz heute mit moderner Technologie systematisch auf Lecks geprüft.

### Ungenügende Cyber-Abwehr

Die Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit hat zusammen mit dem amerikanischen Ministerium für innere Sicherheit die Reaktion auf Cyber-Attacken geprüft. Die im November 2011 durchgeführte Übung simulierte eine Attacke auf die Cyber-Sicherheitsbehörden selbst sowie eine weitere auf die Stromproduzenten. Dabei stellte sich heraus, dass sich die Abwehrverfahren unterscheiden und dass Infrastruktur und Koordination der Cyber-Abwehr innerhalb der EU verbesserungswürdig sind.